

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, führte aus, Lead City Bonn zeige, dass durchaus ein Zuwachs in der Nachfrage erreicht werden könne, wenn das Angebot im ÖPNV verbessert werde.

Abg. Dr. Kuhlmann dankte der Verwaltung für den großen und engagierten Einsatz für den ÖPNV. Zu Beginn des Projektes habe er bereits darauf hingewiesen, dass man über die Fortführung der Angebotsmaßnahmen nachdenken müsse, wenn die Bundesförderung auslaufe. Ansonsten sei Lead City Bonn keine nachhaltige Verkehrspolitik, sondern politischer Aktionismus. Bei künftigen Förderprojekten sollte in die Entscheidungsfindung viel mehr der Aspekt mit einbezogen werden, dass die Kommunen nach Auslaufen der Förderung oftmals auf hohen Folgekosten sitzen bleiben würden. Zu den eigentlichen Angebotsverbesserungen auf Bus und Schiene stellte er fest, dass diese sehr gut angenommen wurden und ebenso wie das „Betriebliche Mobilitätsmanagement“ sehr sinnvolle Maßnahmen seien. Es wäre ein herber Rückschlag für die regionale Verkehrspolitik, wenn die Angebotsverbesserungen aufgrund fehlender Fördermittel wiedereingestellt werden müssten. Deshalb müsse alles versucht werden, um beim Bundesverkehrsministerium eine Verlängerung der Fördermaßnahmen, sowohl für die Angebotsverbesserungen als auch für das „Betriebliche Mobilitätsmanagement“, zu erwirken. Er halte es für schwer realisierbar, dass Kreis und Kommunen die Finanzierungslücke von ca. 5 Mio. € für die Angebotsverbesserungen und ca. 1 Mio. € für das „Betriebliche Mobilitätsmanagement“ decken sollen. Hinzu kommen auch noch die Einnahmehausfälle durch die Corona-Pandemie. Er erkundigte sich, wie der aktuelle Stand der Verhandlungen in Berlin sei, welche Initiativen es aus der Region gebe und wie die Aussichten einer weiteren Beteiligung in Bonn seien.

Herr Dr. Berbuir, Leiter des Fachbereichs Verkehr und Mobilität, berichtete, der Bonner Ausschuss für Planung, Verkehr und Denkmalschutz befasse sich morgen in einer Sondersitzung mit den Ausweitungen im ÖPNV. Auch dort sei die langfristige Finanzierung ein Thema. Nach seinem Kenntnisstand werde zumindest die Bonner Verwaltung mit fachlich mit dem Rhein-Sieg-Kreis abgestimmten Vorlagen in die Gremien gehen. Das Thema JOBWÄRTS werde in Bonn in der August-Sitzung beraten. Er sei sehr optimistisch, dass in Bonn eine Entscheidung für die Fortführung von JOBWÄRTS getroffen werde, da sich namhafte Bonner Unternehmen an dem Projekt beteiligen. Für JOBWÄRTS habe das BMU Fördergelder i.H.v. 500.000 € in das nächste Jahr übertragen. Bezüglich der ÖPNV-Ausweitungen sei Bonn noch in Gesprächen mit dem Ministerium. Zurzeit sehe es so aus, dass ein Teil der Fördermittel noch in das Jahr 2021 einfließen könnte.

Abg. Tendler äußerte, natürlich sei allen schon zu Beginn klar gewesen, dass die Angebotsausweitungen, die gut angenommen werden, auch fortgeführt werden müssten. Wichtig für einen optimierten ÖPNV und SPNV sei auch die unmittelbare Zusammenarbeit mit Bonn. Mobilität müsse immer auf die Region bezogen betrachtet werden. Lead City sei ein gutes Beispiel dafür. Es müsse trotz des finanziellen Hintergrundes gelingen, dass sowohl die Gremien beim Kreis als auch in Bonn eine Fortführung beschließen.

SkB Schroerlücke nahm Bezug auf die Ausführungen des Abg. Dr. Kuhlmann. Er sei enttäuscht, dass Herr Dr. Kuhlmann mehr die finanziellen Dinge in den Vordergrund gestellt habe und nicht die attraktiven Mobilitätsangebote, die den Nutzern ermöglicht werden. Das Projekt sei nicht nur erfolgreich, sondern das beste Maßnahmenpaket der letzten zehn Jahre. Es habe auf den Hauptlinien zu Fahrgaststeigerungen zwischen 50 % und 100 % geführt. Das Angebot müsse auf jeden Fall erhalten bleiben und dürfe jetzt nicht zerredet werden, selbst wenn die Förderung nicht fortgesetzt werde. Mehr ÖPNV-Kunden bedeuten schließlich auch mehr Fahrgeldeinnahmen.

Abg. Krauß bestätigte die Angebotsausweitungen als Erfolgsprojekt. Eine wichtige Botschaft sei

aber auch, dass die Menschen im Rhein-Sieg-Kreis, die nicht auf das 365 €-Ticket zugreifen konnten, trotzdem den ÖPNV vermehrt genutzt haben. Das heiÙe, der Fahrpreis sei gar nicht das ausschlaggebende Qualitätsmerkmal für den ÖPNV. Deshalb sollte weiter an der Angebotsqualität gearbeitet werden. Natürlich habe Herr Dr. Kuhlmann recht, wenn er darauf hinweise, dass der Fördermittelgeber nicht so schnell aus der Verantwortung gelassen werden dürfe. Anstatt neue Lead City Projekte zu fördern, sollte der Bund das bestehende Erfolgskonzept zumindest noch für eine Übergangszeit weiter unterstützen.

SkB Kurth fragte ergänzend zur Vorlage nach, warum unter Ziff. 4 des Beschlussvorschlages nur die Lead City-Angebotsmaßnahmen auf den Linien 517, 540, 550 und 552 nach Ende der Corona-bedingten Einschränkungen evaluiert werden sollen.

Herr Dr. Berbuir antwortete, das liege daran, dass die Erhebungen am 12. März Pandemiebedingt abgebrochen werden mussten und noch nicht alle Linien erfasst waren. Was die Evaluierung vor dem Hintergrund der neuen Entwicklungen (Home-Office usw.) angehe, verweise er auf den Beschluss des PVA am 28.01.2020, wonach der gesamte ÖPNV im Rhein-Sieg-Kreis evaluiert werden solle. Das heiÙe, es werde auch die Nachfrageentwicklung auf den anderen Linien in den nächsten Monaten überprüft.

Abg. Kitz ergänzte, in der Vorlage werden auch einige Dinge angesprochen, zu denen nähere Informationen/Erhebungen nötig seien und bei denen durch die Corona-Pandemie die Grundlage entfallen sei. Z.B. könne die Linienwegänderung der Linie 550 nicht überprüft werden. Auch die Fahrgeldeinnahmen seien auf längere Sicht weggebrochen. Insofern müssten solche Maßnahmen weitergeführt werden, bis eine genaue Beurteilung möglich sei. Das werde den Kreis und die betroffenen Kommunen viel Geld kosten. Er fragte nach, ob die Kommunen schon über die zusätzlichen Kosten durch die Fortführung der Lead City-MaÙnahmen informiert worden seien.

Herr Dr. Groneck, Fachbereich Verkehr und Mobilität, erläuterte, alle Kommunen, die von dem Projekt betroffen seien, wurden angeschrieben und über die Maßnahmen und Evaluationsergebnisse informiert. Das Feedback von den fachlichen Stellen sei überall positiv gewesen. Die finanzielle Seite sei dabei aber außen vorgelassen worden. Gleichwohl wurden die Kilometer-Mehrleistungen für jede einzelne Kommune dargestellt.

Abg. Dr. Kuhlmann stellte nochmals klar, die Angebotsverbesserungen seien verkehrspolitisch sehr sinnvoll und hätten deshalb auch die volle Unterstützung seiner Fraktion. Dennoch müsse das Projekt finanziert werden und das sei, nicht zuletzt auch aufgrund der Pandemie-Auswirkungen, äußerst schwierig. Er wies darauf hin, dass sich seine Fraktion bei der heutigen Abstimmung enthalten und erst abschließend im Kreisausschuss äußern werde, da die Beratungen in der Fraktion noch nicht abgeschlossen seien.